

Freiheit, Gleichheit, Solidarität

Zur Interpretation der Grundwerte durch die Großparteien Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland

Peter Diem

Ziel der nachfolgenden Untersuchung ist es, die Auffassungsunterschiede, aber auch die Übereinstimmung bei der Interpretation der zentralen politischen Grundwerte durch die beiden christlich-demokratischen und die beiden sozialdemokratischen Parteien Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland darzustellen. Als zentrale politische Grundwerte werden dabei die der Trias der Französischen Revolution »Liberté, Egalité, Fraternité« nachempfundenen Wertbegriffe »Frei-

heit«, »Gleichheit/Gerechtigkeit« und »Solidarität/Partnerschaft« bezeichnet. Schon an der Verwendung zweier verschiedener Bezeichnungen für den zweiten und den dritten Grundwert treten Auffassungsunterschiede zutage, die sich auch in der Reihenfolge der Aufzählung niederschlagen. Hier zunächst die für die Analyse herangezogenen Quellen, die Reihenfolge und (relative) Länge der den Grundwerten gewidmeten Kapitel:

I. Quantitative Analyse

Bei allen Einschränkungen, die man bei einer rein quantitativ-inhaltsanalytischen Betrachtungsweise machen muß, sticht bei Vergleich der obigen Prozentzahlen doch eines sofort ins Auge: jede der vier breiten Sammlungsparteien des deutschen Sprachraumes hat einen **prädominanten Grundwert**, dem sie — entgegen der ausdrücklich behaupteten oder doch anzunehmenden Gleichrangigkeit der Grundwerte — mit just 44 Prozent den meisten Raum widmet. Bei ÖVP und CDU ist es die **Freiheit**, bei der SPD die **Solidarität** und bei der SPÖ die **Gleichheit**. Die jeweils anderen beiden Grundwerte fallen dagegen deutlich ab, wobei bei der CDU (die als einzige die Reihenfolge der historischen Trias zugunsten der Gerechtigkeit abändert) eine mittlere Betonung der Solidarität entsteht.

Die folgende Graphik zeigt deutlich den — in Programmzeilen ausgedrückten — »Respekt«, der den drei Grundwerten durch die vier Parteien gezollt wird: Der **Freiheit** widmen CDU und ÖVP mehr als einhalbmals soviel Raum wie SPD und SPÖ. Mit demselben Abstand gegenüber ÖVP und SPD betont die SPÖ den Grundwert **Gleichheit**, während ihm die CDU offenbar die geringste Bedeutung zumißt, was sich ja auch in Bezeichnung und Kapitelreihenfolge ausdrückt. Die **Solidarität** wird von den beiden deutschen Parteien signifikant höher bewertet als

ÖVP: Salzburger Grundsatzprogramm, 30. 11. 1972

1. Freiheit	44 Zeilen 44,0%
2. Gleichheit	28 Zeilen 28,0%
3. Partnerschaft	28 Zeilen 28,0%

CDU: Entwurf für ein Grundsatzprogramm, 26. 4. 1976

1. Freiheit	77 Zeilen 44,5%
2. Solidarität	58 Zeilen 33,5%
3. Gerechtigkeit	38 Zeilen 22,0%

SPÖ: Entwurf für das neue Parteiprogramm, Herbst 1977

1. Freiheit	16 Zeilen 27,0%
2. Gleichheit	26 Zeilen 44,0%
3. Solidarität	17 Zeilen 29,0%

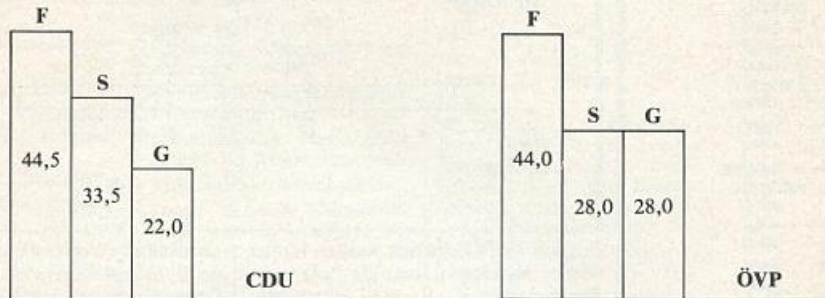
SPD: »Grundwerte in einer gefährdeten Welt« — Papier der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand, 20. 9. 1977

1. Freiheit	163 Zeilen 28,6%
2. Gerechtigkeit	152 Zeilen 26,7%
3. Solidarität	254 Zeilen 44,7%

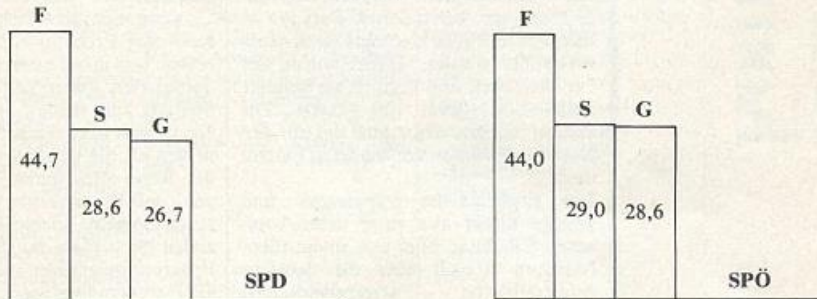
Anmerkung: Weder das »Godesberger Programm« vom 15. 11. 1959 noch der »Ökonomisch-politische Orientierungsrahmen für die Jahre 1975—1985« (OR '85) vom Jänner 1975 führen die Grundwerte näher aus. Während sie im Godesberger Programm nur aufgezählt werden, postuliert der OR '85 ihren inneren Zusammenhang und ihre Gleichrangigkeit, was Liberalismus, Konservatismus, totalitäre und antiautoritär-romantische Bewegungen nach Ansicht seiner Verfasser verkennen. Im selben Absatz (1.2) wird die Gleichrangigkeit allerdings selbst nicht durchgehalten, wenn es heißt: »Der Grundwert der Solidarität ist im Kampf des demokratischen Sozialismus für eine menschlichere Gesellschaft von zentraler Bedeutung.«

Der relative Textanteil der Grundwerte

a) nach Parteien

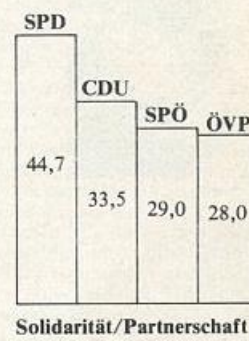
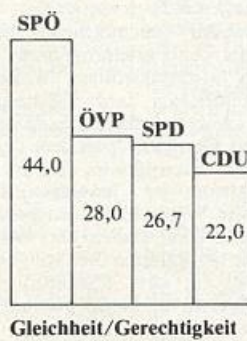
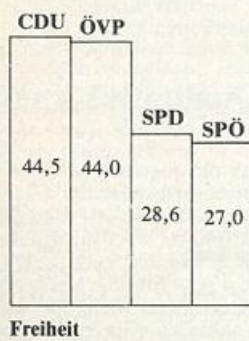


F = Freiheit
G = Gleichheit/Gerechtigkeit
S = Solidarität/Partnerschaft



Durchschnitt aller 4 Parteien:
F = 36,4
S = 33,8
G = 30,1

b) nach Grundwerten



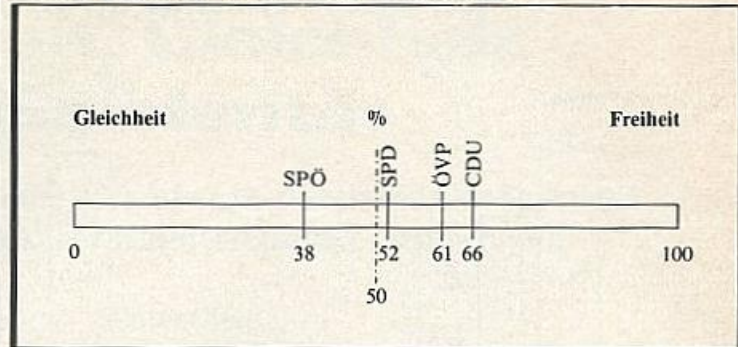
Zeitschrift für Kommunalpolitik

KOM

programmatisch

von den österreichischen, wobei im Grundwertepapier der SPD, das ja jüngsten Datums ist, die Auswirkungen

gen von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit vermutlich am deutlichsten durchschlagen.



Freiheit und Gleichheit werden immer wieder als Gegensätze, als Pole eines ideologischen Rechts-Links-Kontinuums bezeichnet. Ohne auf die diesbezügliche ausführliche Diskussion (1) einzugehen, sollen diese Begriffe anhand einer zweiten Graphik zur Einordnung der behandelten Parteien in das gebräuchliche ideologische Schema verwendet werden. Dabei wurde der für Gleichheit und Freiheit verwendete Zeilenraum gleich 100 gesetzt. Die Zahlen drücken den Anteil des auf den Begriff »Freiheit« verwendeten Platzes aus:

Das Ergebnis ist frappierend und könnte direkt aus einer demoskopischen Erhebung oder aus einem theoretischen Artikel über die deutsch-österreichische Parteienlandschaft stammen:

Am »linken«, »egalitären« Ende rangiert die SPÖ. Die SPD hält die Mitte, die ÖVP liegt leicht rechts davon, die CDU deutlich »rechts«, am nächsten dem Grundwert »Freiheit«.

Was kann aus dieser quantitativen Analyse geschlossen werden?

Zunächst darf man annehmen, daß die Verfasser der Parteiprogramme (und die als »Ideologiefilter« wirkenden Parteiautoritäten und Führungsremien) schon bei der Behandlung der obersten Wertkategorien dem tatsächlichen Parteibewußtsein, aber auch der Einschätzung der jeweiligen Partei durch die Wählerschaft entsprechend vorgehen. Zwar stellen alle vier hier behandelten Parteien die Grundwertetrias als ein allen tragenden politischen Kräften der beiden Nationen ge-

meinsames Wertesystem außer Streit, doch interpretieren sie die einzelnen Grundwerte verschieden, was zunächst quantitativ, also im Hinblick auf den verwendeten Raum, nachgewiesen werden konnte. Dabei hat sich herausgestellt, daß die beiden deutschen Großparteien gemessen an ihrer Stellung zum Problem Freiheit-Gleichheit rechts von ihren österreichischen Bruderparteien stehen, in bezug auf ihre Stellung zum dritten, »methodischen« Grundwert aber stärker zur Solidarität neigen als die Großparteien hierzulande. Kann dies damit zusammenhängen, daß die Systeme der österreichischen Sozialpartnerschaft und der sozialen Sicherheit im Bewußtsein der Programmverfasser von SPÖ und ÖVP so verankert sind, daß ihnen eine stärkere Betonung der Solidarität nicht notwendig erschien, oder handelt es sich dabei um ein ideologisches Defizit? Vielleicht gibt die folgende qualitative Analyse der Grundwertekapitel darauf eine Antwort.

II. Qualitative Analyse

Hat sich die quantitative Betrachtung der Grundwertekapitel nur mit deren absoluten und relativen Umfang befaßt, so soll im zweiten, qualitativen Teil auf ihren Inhalt eingegangen werden. Dies geschieht durch eine tabellarische Gegenüberstellung der wichtigsten in diesen Kapiteln enthaltenen Gedanken und eine kurze Kommentierung derselben, insbesondere auch was den Gesamteindruck betrifft.

1) Vgl. u. a. Anton Pelinka, *Dynamische Demokratie*, Kohlhammer, Stuttgart, 1974, und Martin Greiffenhagen, *Freiheit gegen Gleichheit*, Hoffmann & Campe, Hamburg, 1975

1. Freiheit

CDU (1976)

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung.
 Mitverantwortung statt Gleichgültigkeit.
 Verantwortung für sich und andere.
 Freiheit ist ein metaphysischer Begriff.
 Achtung des Mitmenschen.
 Freiheit macht Verbesserung der Verhältnisse zu lohnender Aufgabe.
 Freiheit gründet auf Hoffnung, daß sich die Wahrheit entfaltet.
 Freiheit erfordert Solidarität und Rücksichtnahme.
 Freiheit erfordert gerechte Verteilung von Chancen und Gütern.
 Zur Freiheit gehört die selbständige Urteilsbildung.
 Die Autorität des Rechts muß geachtet werden, die Fähigkeit zum Kompromiß erlernt werden.
 Zur freien Entfaltung gehört die Leistung, ist aber nicht Maßstab für Rangfolge.
 Freiheit in der Arbeitswelt, Freizeit, Familie, Nachbarschaft, Gemeinde und Staat verwirklichen.
 Gegen bürokratische Anonymität und technischen Zwang.
 Freiheit nach innen und außen schützen und für sie kämpfen.
 Mitverantwortung sichert Freiheit.

ÖVP (1972)

Entscheidungs- und Handlungsfreiheit.
 Verantwortung vor Gewissen.
 Sicherung und Erweiterung der Grund- und Freiheitsrechte.
 Schutz der Privatsphäre.
 Recht auf Widerstand gegen ungerechte Gewalt.
 Selbstbestimmung des eigenen Lebensbereichs und Mitbestimmung der gesellschaftlichen Angelegenheiten.
 Ablehnung von Manipulation.
 Totale staatliche Daseinsvorsorge führt zu Untergang der Freiheit.
 Wahlmöglichkeiten in allen Lebensbereichen.
 Achtung der Freiheit anderer.
 Sicherung der Existenz ist Voraussetzung der Freiheit. Daher soziale Gerechtigkeit, sozialer Staat, Recht auf Bildung, Recht auf Arbeit, Recht auf gerechten Arbeitsertrag, persönliches Eigentum, Schutz der Gesundheit, Aufteilung der Lasten.
 Verantwortung sichert Freiheit.

SPD (1977)

Technisch-industrieller Entwicklungsprozeß bedroht die Freiheit: Sachzwang und Vorinvestitionen statt demokratische Entscheidung über Grundrichtung.
 Aktivbürger: Technokrat.
 Anonym-mächtige Bürokratien machen den Bürger zum Objekt.
 Gefährliche Technologien (z. B. Atomkraft) und ihre Sicherungsmaßnahmen, totale EDV-Erfassung des Bürgers bedrohen Freiheit. Forum rationaler Diskussion nötig.
 Verteilungskonflikte gefährden die Freiheit.
 Handlungsfähigkeit nationaler Regierungen eingeschränkt. Daher: Integration.
 Zentralisierung führt zu Undurchschaubarkeit und Bürgerferne — daher Dezentralisierung und Demokratisierung.
 Mehr kommunale Selbstverwaltung.
 Offene Planungsprozesse.
 Schaffung dezentraler Entscheidungsstrukturen durch Mitbestimmung und Vergesellschaftung.

SPÖ (1977)

Absage an jede Form der Diktatur.
 Schaffung maximaler Wahlmöglichkeiten.
 Maximale Selbstbestimmungs- und Mitbestimmungsrechte.
 Freiheit hat materielle und soziale Dimensionen: Freiheit von Not und Sicherung der Lebensgrundlagen — sonst bleibt Freiheit Theorie.

Während sich die CDU in ihrem Programmentwurf am wortreichsten mit dem Thema **Freiheit** auseinandersetzt, gelingt ihr doch wenig Konkretheit, sieht man von den letzten beiden Absätzen ab, in der sie sich gegen die Herrschaft anonymer bürokratischer Apparate wendet, die wehrhafte Demokratie nach innen und die Sicherung der Freiheit nach außen anspricht. Wie ÖVP und SPÖ sieht sie jedoch durchaus den Zusammenhang von Freiheit und materieller Existenzsicherung.
 Die SPÖ kommt über die für jede demokratische Partei selbstverständliche Absage an die Diktatur und die für die politische Freiheit beinahe synonymen Begriffe »Selbstbestimmung« und »Mitbestimmung« nicht hinaus.
 Der von der SPD gegebene Kommentar ist der aktuellste, indem er auf die **konkreten Gefährdungen staatsbürgerlicher Freiheiten durch Sachzwänge und Vorinvestitionen** (man denke etwa an die präjudizielle Lieferung der Brennstäbe für Österreichs erstes Kernkraftwerk) hinweist, auf die Macht anonymer Bürokraten, die den »demokratisch aktiven Bürger für planende Bürokraten mehr und mehr zum irritierenden Störfaktor macht« und »alle diejenigen zu Dissidenten werden läßt, die sich weigern, von Experten diktierte Normen widerspruchslos hinzunehmen« (Grundwertepapier). Der programmatische Freiheitsbegriff der SPD umfaßt auch die Forderung nach **Datenschutz** (bei der ÖVP Schutz der

Privatsphäre) und eine zumindestens verbale Kampfansage gegen die **Zentralisierung**, der die Forderung nach **Demokratisierung, Dezentralisierung, mehr kommunaler Selbstverwaltung und offenen Planungsprozessen** entgegengestellt wird. Ob **Vergesellschaftungsmodelle** in der Wirtschaft tatsächlich zur Schaffung dezentraler Entscheidungsstrukturen oder nicht eher zu mehr Funktionäreinfluß führen, muß freilich bezweifelt werden.
 Der Freiheitsbegriff der ÖVP scheint bei um Objektivität bemühter Betrachtung der relativ inhaltsreichste zu sein: Die **Erweiterung der Grund- und Freiheitsrechte** ist eine sehr dynamische Forderung, die dann konkret in dem Postulat nach **sozialen Grundrechten** (Arbeit, gerechter Arbeitsertrag, Bildung, Eigentum, Gesundheit) mündet. Die Ablehnung der **Manipulation** des Menschen (der kommerzielle und politische Mißbrauch der Massenmedien und die Gängelung des einzelnen durch Funktionäre und Machtstrukturen) ist ein ebenso bedeutsamer Bestandteil eines modernen Freiheitsprinzips wie die Statuierung eines **Widerstandsrechtes** gegen ungerechte Gewalt. Für die wichtige, aus dem Subsidiaritätsprinzip erfließende Idee der **Dezentralisierung** hat die ÖVP im Salzburger Grundsatzprogramm ein eigenes Kapitel (3,6) eingefügt, das lange vor den SPD- und SPÖ-Denkern den Grundsatz zweckmäßiger **Aufgabenteilung** im Sinne einer Entlastung zentraler Strukturen aufstellt.

2. Gleichheit/Gerechtigkeit

CDU (1976)

Gerechtigkeit gründet auf der Gleichheit aller Menschen in ihrer Würde ohne Rücksicht auf Macht, Leistung oder Versagen.

Gerechtigkeit = gleiches Recht für alle.

Gerechtigkeit verbietet willkürliche Benachteiligung oder Bevorzugung.

Gerechtigkeit gebietet Schutz vor Machtmißbrauch, dem Schwachen zu helfen, den Glücklosen nicht fallen zu lassen.

Jeder Mensch muß Chancen zur freien Entfaltung haben.

Chancengleichheit ist notwendige Ergänzung der Gleichheit vor dem Recht. Unterschiedliche Voraussetzungen sind auszugleichen. Gerechter Zugang zur Ausbildung, zum Eigentum, zur Nutzung lebenswichtiger Güter, zu Mitsprache und Mitverantwortung.

Streben nach Gleichheit der Ergebnisse und Existenzen verhindert Chancengleichheit.

Gleiches ist gleich, Ungleiches ungleich zu behandeln.

Absolute Gerechtigkeit ist unerreichbar, ausgleichende Gerechtigkeit notwendig.

ÖVP (1972)

Gleichheit aller Menschen in ihrem Wesen und ihrer Würde. Gleiche Rechte bei gleichen Pflichten und gleichen Möglichkeiten.

Kampf für gleiche individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und soziale Aufstiegschancen über Gleichheit vor dem Gesetz hinaus.

Überwindung neuer Formen der Ungleichheit, Privilegierung, Diskriminierung.

Kampf gegen soziale, rassische, ethnische und religiöse Vorurteile.

Bei Hindernissen in der persönlichen Entwicklung oder sozialen Benachteiligungen muß die Gesellschaft fördernd und ausgleichend eingreifen.

Bevormundung und Uniformierung wird abgelehnt.

Die Gleichheit wird durch den Mißbrauch politischer Macht bedroht.

SPD (1977)

Finanzkrise bedroht soziale Sicherheit, Gesundheitsfürsorge und Bildung. Dadurch weitere Benachteiligungen, neue Ungerechtigkeiten. (Jugend)arbeitslosigkeit, dadurch Entsolidarisierung, privilegierte Gruppen erweitern ihre Besitzstände, sozial Schwächere, Frauen werden benachteiligt.

Nur kompensatorische Sozialpolitik wird bürokratisch und ineffektiv.

Benachteiligung kleiner/mittlerer Unternehmer, Disparitäten zwischen Ballungsräumen und strukturschwachen Gebieten wachsen, ebenso die Kluft zwischen Nord und Süd.

Daher: Vorbeugende Sozialpolitik.

Eine gerechtere Verteilung der Primäreinkommen wird erforderlich.

Gleicher Lohn für gleichwertige Frauenarbeit.

Überhöhte Einkommen in manchen öffentlichen Dienstleistungsbereichen reduzieren die Chancen vor allem junger Menschen auf einen Arbeitsplatz.

Konkurrenzkampf um Schulnoten erstickt fruchtbare Pädagogik. Berufschancen vom Schulerfolg abkoppeln.

Stärkere Angleichung auch der Zuwächse des Produktivvermögens.

SPÖ (1977)

Gleichheit ist Ausdruck der Gleichwertigkeit aller Menschen. Das bedeutet nicht Uniformität und Gleichmacherei, sondern ist Absage an eine Klassen- und Privilegiengesellschaft.

Freiheit und Gleichheit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander.

Nur politisch, wirtschaftlich und sozial gleichberechtigte Menschen sind freie Menschen.

Gleichheit ist Grundlage des Strebens nach sozialer Gerechtigkeit.

Gerechtigkeit verwirklicht Gleichwertigkeit durch Anteil am Sozialprodukt;

Gerechtigkeit verwirklicht Freiheit durch gleiche Rechte und Chancen.

In der Anerkennung der Gleichheit aller Menschen in ihrer **Würde** und **Menschennatur** sind sich die Großparteien ziemlich einig, ebenso in der Ablehnung von Uniformierung, Gleichmacherei und Bevormundung. Doch danach geht der **SPÖ** der Atem weiterer Konkretisierung aus, während die **CDU** nach der Forderung nach Abbau von Benachteiligungen und Schaffung gerechter Zugangschancen bald Einschränkungen und eher pessimistische Ausführungen vorbringt (totale Verfügbarkeit des Menschen unmöglich — absolute Gerechtigkeit unerreichbar — Grenzen und Unzulänglichkeiten des Menschen).

Die Formulierungen der **ÖVP** sind **dynamischer** (soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit für alle — jedem Staatsbürger gleiche individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und gleiche soziale Aufstiegschancen erkämpfen — neu auftretende Formen der Ungerechtigkeit, Privilegierung und Diskriminierung überwinden — Kampf gegen Vorurteile).

Die **SPD** baut auf dem Gedanken auf, daß sich mit der Finanzkrise des Staates bestehende Benachteiligungen vergrößern könnten und sieht insbesondere die wachsenden **Disparitäten** zwischen Bal-

lungsräumen und strukturschwachen Gebieten sowie zwischen entwickelten Industrieländern und der Dritten Welt. Sie führt ohne Umschweife zum Kern ihrer Gleichheitspolitik: **eine gerechtere — das bedeutet selbstverständlich nivellierende — Verteilung der Primäreinkommen**. Die Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Frauenarbeit findet sich heute in allen Parteiprogrammen — ebenso einhellig ist die negative Praxis der Parteien und Gewerkschaften. Die öffentlichen Haushalte sollen überhöhte Einkommen ihrer Bediensteten mit dem Ziel abbauen, dafür mehr Arbeitsplätze für Berufsanfänger schaffen zu können. Die unter dem Leistungsdruck des Notensystems errungene schulische Qualifikation soll nicht alleinige Grundlage der Berufschancen sein. Und auch die Unternehmergewinne sollen dem allgemeinen Angleichungsvorgang der Einkommen unterzogen werden. Der Grundwert der Gleichheit wird somit von den sozialistischen Programmikern **fast ausschließlich materiell** gesehen, während sich in den beiden christlich-demokratischen Programmen mehr Begriffe aus dem »**Überbaubereich**« (Verantwortung, Pflicht, religiöses Vorurteil, Recht, Gesetz, verfassungsmäßige Gleichheit usw.) finden.

3. Solidarität/Partnerschaft

CDU (1976)

Solidarität verbindet die Menschen untereinander als Ausdruck der sozialen Natur des Menschen.

Recht auf Mitwirkung, Anspruch auf Zuwendung. Solidarität gibt der Leistung ihren sozialen Sinn.

Gemeinschaftliche Absicherung gegen Risiken, die der einzelne allein nicht bewältigen kann, aber kein Anspruch auf kostenlose Versorgung — jeder hat nach Kräften beizutragen.

Neben materiellen Gemeinschaftsleistungen: persönliche Zuwendung von Mensch zu Mensch. Persönlich erbrachte soziale Dienste in der technisch-materiellen Leistungsgesellschaft.

Solidarität als Zusammenschluß zur Interessenwahrung ist zu wenig: Solidarität muß auch zwischen Machtungleichen und Interessengegnern gelten.

Weder sittlich ungebundener Individualismus, noch Kollektivismus, weder kapital- noch arbeitsorientiert, sondern Partnerschaft.

Weder Harmonielehre noch Klassenkampf. Ernstnehmen des anderen. Arbeitswelt: humane Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung, Vermögensbeteiligung.

ÖVP (1972)

ÖVP will partnerschaftliche Gesellschaft verwirklichen, in der Personen zusammenwirken, die in ihrer Würde und Freiheit gleich geachtet, in ihren Eigenarten, Interessen und Funktionen aber verschieden sind.

Arbeitsteilige Gesellschaft ist durch Vielfalt der Auffassungen, Interessen und Gruppen gekennzeichnet. Diese Vielfalt ist Voraussetzung schöpferischer Fortentwicklung.

Gesellschaftliche Vielfalt führt zu Konflikten. Die Partnerschaft ist Basis friedlicher Konfliktlösung durch gegenseitige Achtung, Gesprächsbereitschaft und Anerkennung gemeinsamer Werte.

Partnerschaft ist optimaler Weg zu mehr Frieden, Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit. Deshalb Anwendung in allen Lebensbereichen.

SPD (1977)

Der persönliche Leistungswille soll weniger auf eigene Durchsetzung, als vielmehr auf Zusammenarbeit und Dienst am Mitmenschen gerichtet werden, da sonst die Konkurrenzgesellschaft selbst in materieller Hinsicht an der Summe ihrer Egoismen zugrundegehen droht.

Früher bedeutete Solidarität gemeinschaftliche Selbsthilfe, heute Bemühen um Verhinderung von Not.

Vorbeugende statt kompensatorische Sozialpolitik soll verhindern, daß der Bürger zum verwalteten Objekt der Sozialbürokratie wird. Daher: Untere Einkommen anheben, Leichtlohngruppen abschaffen, Familieneinkommen erhöhen.

Mehr Mittel für Jugendpflege, Integration der Ausländerkinder, Ganztagschulen, Kindergärten (780.000 alleinstehende Elternteile mit 1,2 Mio. Kindern).

Erhöhte Grundrente für alle Pensionisten, aktive Altenhilfe, Prophylaxe bei Arbeit/Verkehr/Freizeit.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch solidarische Opfer: Verzicht auf Reallohnzuwachs. Erhöhte Steuerleistung für öffentliche Investitionsprogramme.

SPÖ (1977)

SPÖ setzt die Solidarität dem Egoismus und dem schrankenlosen Profitstreben entgegen.

Solidarität ist Rücksichtnahme auf den Mitmenschen und Mitarbeit am Gemeinwohl.

Solidarität ist die Waffe der Schwachen und Benachteiligten im Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen Abhängigkeit.

Im Zusammenwirken mit den anderen Grundwerten vermag Solidarität allen Menschen ohne Unterschied des Geschlechts, der Nation oder Rasse, der Religion oder Klasse, ein erfülltes Leben in Frieden und Freiheit zu sichern.

Die Solidarität ist der Ausdruck des aus der Sozialnatur des Menschen erwachsenden Aufeinanderangewiesenseins. Ursprünglich hatte dieser Begriff vor allem die Bedeutung des **Zusammenwirkens zur Interessenwahrung** einer unterprivilegierten Gruppe, was in den Programmen von CDU, SPD und SPÖ noch zum Ausdruck kommt, von der ÖVP aber nicht mehr ausgeführt wird, die auch den Begriff selbst durch das verständlichere Wort »Partnerschaft« ersetzt hat. Die ÖVP interpretiert diesen Grundwert als demokratischen, friedlichen und auf Konsensfindung gerichteten Konfliktregelungsmechanismus.

Die Existenz von gesellschaftlichen Konflikten wird auch durch die CDU anerkannt, die sich ebenso von einer harmonistischen Gesellschaftsauffassung wie vom Freund-Feind-Schema des Klassenkampfes abgrenzt. Die CDU weist auch auf das nicht-materielle **persönliche Moment zwischenmenschlicher Zuwendung** hin, das dem Verständnis der beiden sozialistischen Parteien deutlich fehlt. Bei der CDU zeigt sich wie fast immer ein gewisser rigoristischer Zug, der in der Ablehnung jeder kostenlosen Versorgung zum Ausdruck kommt, was jedoch im Hinblick auf den Kostendruck auf die Systeme der sozialen Sicherheit zweifellos seine Be-

rechtigung hat.

Die SPD führt das Moment des **Konkurrenzkampfes** ein, der nach ihrer Ansicht die moderne Leistungsgesellschaft so stark bestimmt, daß sie Gefahr läuft, »an der Summe ihrer Egoismen zugrunde zu gehen, d. h. sogar des materiellen Erfolgs verlustig zu gehen, auf den sie zu ihrer Rechtfertigung verweist«. An Stelle der traditionellen »nachfolgenden« oder »kompensatorischen« Sozialpolitik soll eine »vorbeugende« Sozialpolitik treten. Neben auf Einkommensnivellierung abstellenden Punkten (untere Einkommensgruppen, Frauen, Familien) scheint die **Sorge um die Zukunft der Kinder alleinstehender Elternteile** auf. Besonderen Wert legt die SPD auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Umweg über aus dem Solidaritätsgedanken erfließende Maßnahmen wie Verzicht auf Reallohnzuwachs und Inkaufnahme erhöhter Steuerleistungen. Freilich ist sie sich dabei der Unzulänglichkeit ihrer eigenen, echte Wachstumsimpulse verfehlenden, somit dogmatischen Vorschläge bewußt: »Staatliche Investitionsprogramme, auf dem Kreditmarkt finanziert, schaffen Arbeitsplätze, wirken aber bisher nicht als Initialzündung für einen selbsttragenden Wachstumsprozeß«, heißt es dazu im Grundwerte-Papier der SPD.

Zusammenfassung

Der qualitative Vergleich der programmatischen Darstellung der Grundwerte-Trias hat ergeben, daß bei grundsätzlicher Außerstreitstellung des politischen Erbes der Französischen Revolution und der Aufklärung durch die vier deutschsprachigen Großparteien doch bedeutsame Unterschiede in seiner Präsentation und Interpretation bestehen.

a) Formale Präsentation der Grundwerte

Der Präsentationsmodus reicht von einer **Ein-Satz-Formel** (»Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens« — Godesberger Programm) über **Kurzformeln** (SPÖ-Entwurf) zu mehreren Absätzen umfassenden **Langfor-**

meln (ÖVP- und CDU-Programm). Durch die der **Ein-Satz-Formel** fehlende Deutlichkeit sah sich die SPD zum heutigen Zeitpunkt einer Diskussion der Grundwerte auf breiter Basis zur Erarbeitung eines eigenen **Grundwertepapiers** (39 Maschinschreibseiten) gezwungen.

b) Inhaltliche Interpretation der Grundwerte

Die christlich-demokratischen Parteien neigen zu **individualistischer, leicht defensiver, leicht moralisierender** (»überbau-orientierter«) Interpretation der Grundwerte, während die sozialistischen Parteien zu **kollektivistischer, aggressiver, deutlich materieller** (»unterbau-orientierter«) Interpretation tendieren. Die SPÖ bleibt zu abstrakt, um ihr tatsächliches Grundwerteverständnis offenzulegen. Die SPD wird in ihrem Grundwertepapier (das

sich übrigens noch mit den Phänomenen der »Tendenzwende« und der »Erschütterung des Fortschrittsglaubens« befaßt) stellenweise zu konkret, um einen genauen Vergleich mit den anderen Parteien zu ermöglichen. Seine Problemsicht ist jedoch bei allem Zweifel an den Lösungsvorschlägen ein Gewinn für den Leser. Der Approach der ÖVP ist — besonders im Hinblick auf den nunmehr schon mehr als fünf Jahre zurückliegenden Entstehungszeitraum — meiner Ansicht nach dem der CDU an Aussagekraft und sprachlich inhaltlicher Dynamik überlegen. Vielleicht erbringt die nach dem Berliner Grundsatzkongreß der CDU vom Herbst 1977 nunmehr zu erstellende Endfassung noch einige Verbesserungen. Als Beitrag zur Ideologiediskussion wäre ein längeres, die Grundwerte aus der Sicht der ÖVP interpretierendes Papier sicherlich einen Versuch wert. □